

2. Beiblatt

Beiblatt zur Parlament-Korrespondenz.

22. Februar 1950.

50/A.B.

zu 34/J

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g .

In Beantwortung der Anfrage der Abg. H i l l e g e i s t und Genossen, betreffend<sup>die</sup>/Rohhäuteversorgung der Leder- und Schuhindustrie, teilt Bundesminister für Handel und Wiederaufbau Dr. K o l b mit:

Der in der Anfrage festgestellte Rückgang des inländischen Rohhautaufkommens ist weitgehend durch die unbefriedigenden Preisverhältnisse am Rohhautsektor verursacht. Das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau hat daher bereits am 22. Dezember 1949 eine Enquete einberufen, um unter Heranziehung der beteiligten Wirtschaftskreise, der Vertreter der Bundeskammer, der Arbeiterkammer und des Gewerkschaftsbundes sowie der in Betracht kommenden Bundesministerien zu Vorschlägen für eine entsprechende Neuregelung auf dem Gesamtgebiet der Lederwirtschaft zu gelangen. Übereinstimmend wurden hierbei die unbefriedigenden Preisverhältnisse als massgeblich für die derzeitigen Schwierigkeiten bezeichnet. Die Besprechung gelangte zu Vorschlägen für eine umfassende Neuregelung der Rohhautlenkung, die in Verbindung mit begrenzten Preisfreigaben und Durchführung eines Sozialprogrammes verbilligter Schuhe eine wesentliche Lockerung der Lenkung beinhalten. Mit diesen Vorschlägen befasste sich die Wirtschaftskommission der drei Kammern und des Gewerkschaftsbundes und gelangte dabei zu einem einheitlichen Beschluss. Da sich das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau von dem Beschlusse der Wirtschaftskommission eine grundlegende Besserung der Aufbringungsverhältnisse erwartet, habe ich am 21. Februar dem Ministerrat Bericht erstattet, der daraufhin den Beschluss der Wirtschaftskommission genehmigte. An die Stelle der Zwangsvorschriften treten daher kaufmännische Massnahmen, die die volle Aufbringung der inländischen Rohware, aber auch die Versorgung der werktätigen Bevölkerung mit preiswerten Schuhen sicherstellen.

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-